

Offen gesagt.

K.O. für die Poststellen

Nachdem die PTT (Post, Telefon, Telegramm) zur halbprivatisierten Post CH AG geworden ist, schreckt sie vor keinen Einsparungsmöglichkeiten mehr zurück. Der Poststellenabbau kommt einem Kahlschlag gleich. In vielen Gemeinden befinden sich keine Poststellen mehr, oder wenn überhaupt, so genannte Agenturen. Diese Agenturen bieten zudem nur ein reduziertes Angebot gegenüber einer ordentlichen Poststelle und schlechtere Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer*innen.

Der Poststellenabbau betrifft alle, Kund*innen wie Angestellte. Eine Reduktion des Service Public ist zudem nicht verfassungskonform. In der Verfassung heisst es denn auch in Artikel 43a: „Leistungen der Grundversorgung müssen allen Personen in vergleichbarer Weise offenstehen.“ Die Gewährleistung dieser Grundversorgung wird von der Post unterlaufen. Immer weitere Wege müssen in Kauf genommen werden, um an eine ordentliche Poststelle zu gelangen. Gerade für Leute mit reduzierten Mobilitätsmöglichkeiten bedeutet dies eine grosse Erschwernis ihres alltäglichen Lebens.

Nun kommt auch Biel dran: Die Poststellen Mett, Gurzelen und Neumarkt sollen bis 2020 geschlossen werden. Später eventuell Bözingen oder Madretsch. Werden drei Poststellen geschlossen, ist dies eine massive Reduktion des Angebots um 50 Prozent. Am Ende des Abbaus verbleiben auf dem Stadtgebiet bloss noch zwei Postfilialen! Die Begründung des ehemaligen Staatsbetriebs ist, dass durch die Schliessungen der Poststellen eine Effizienzsteigerung und auch eine Kostenreduktion erlangt werden kann.

Darf Service Public Gewinn orientiert sein? Auf keinen Fall! Die Dienstleistungen müssen, ganz im Sinne der Bundesverfassung, allen Bürger*innen zugänglich sein. Und dies ist nach einer Reduktion der Poststellen - nicht nur in Biel, sondern schweizweit(!) - nicht mehr gewährleistet. Die Stadt Biel muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, damit die Poststellen bei der aktuellen Zahl belassen werden. Eine Stadt mit einem ungenügenden Service Public kann nicht die vom Gemeinderat und der Allgemeinheit angestrebte Lebensqualität bieten.

Es müssen alle Möglichkeiten ausgelotet und ausgeschöpft werden, um die Post vom Abbau der Poststellen abzubringen. Alternativen (vor allem Agenturen) sind nicht vorrangig zu prüfen, da diese mit einer Reduktion der Dienstleistungen und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einhergehen. Wenn Alternativen geprüft werden, dann dürfen diese keinesfalls Verschlechterungen für die Arbeitnehmer*innen und Kund*innen bedeuten.

Eine gute Lebensqualität für alle bedarf eines starken Service Public, zu dem die Dienstleistungen der Post natürlich auch gehören. !No pasaran!

Pesche Heiniger.

Vorwärts, 16.5.2019.

Personen > Heiniger Peter. Poststellen. Betriebsschliessung. Vorwaerts, 2019-05-16